

Neujahrsrede 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich darf Ihnen zu Beginn des neuen Jahres alles Gute wünschen, insbesondere Gesundheit und Zufriedenheit.

Dieses Jahr hat sicherlich für viele mit unterschiedlichen Gefühlen angefangen und wird auch in den Gedanken von Ihnen unterschiedlich bewertet werden.

Sie haben eben eine eindrucksvolle Botschaft von den Soldaten unserer Patenschaftskompanie aus Afghanistan bekommen. Diese Soldatinnen und Soldaten tun ihre Pflicht und ihren Dienst im Ausland, um den Frieden bei uns in Deutschland, in Europa und wenn möglich auch auf der Welt, zu sichern.

Es ist eine besondere Art sich über mehrere tausend Kilometer hinweg freundschaftlich zu begrüßen. Es zeigt die gute Zusammenarbeit, aber auch die hohe Wertschätzung, die wir für unsere Soldaten haben. Wir werden den schwierigen Dienst dieser Menschen in Uniform mit Respekt und Anerkennung begleiten. Den Soldaten wünschen wir alles Gute und hoffen, dass wir sie in absehbarer Zeit wieder alle bei uns in Deutschland gesund wiedersehen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben alle Sehnsüchte.

Wenn wir eben diese Grüße aus dem fernen Afghanistan gehört haben, und wenn wir auch die Berichterstattung unseres Winkler Mitbürgers, Ulli Gack, vor einigen Tagen gehört haben, dann werden wir immer wieder daran erinnert, dass die wohl größte Sehnsucht der Menschen mit harter Arbeit verbunden ist.

Es ist die Sehnsucht nach Frieden.

Wir haben alle den Willen, in Frieden und Freiheit leben zu wollen. Wir haben die Sehnsucht nach Ausgeglichenheit, Zusammengehörigkeitsgefühl und Achtung des menschlichen Lebens.

Frieden in Freiheit gibt es allerdings nicht zum Nulltarif. Um diesen Frieden zu erhalten, müssen wir wachsam sein. Wir müssen uns stets für unsere demokratischen Grundsätze einsetzen und sie verteidigen. Unsere Soldaten in Afghanistan setzen sich für uns, für unsere Demokratie, für unseren Frieden ein.

Sie setzen ihr Leben ein und sie müssen sich und auch diejenigen, für die sie Verantwortung tragen, gegebenenfalls mit Waffengewalt schützen.

Die Sehnsucht nach Frieden ist also gekoppelt an die harte Arbeit diesen Frieden zu sichern. Sehnsucht nach Frieden alleine beschert noch keinen Frieden.

An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass wir noch nie in unserer deutschen Geschichte eine derartig lange friedliche Zeit hatten, wie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Diese lange Friedenszeit ist ein hohes Gut. Wir sollten uns dies immer wieder in das Gedächtnis zurückrufen. Für diese lange Friedenszeit sollten wir dankbar sein.

Nicht nur die Soldaten unserer Patenschaftskompanie in Afghanistan, sondern alle politisch Verantwortlichen in Deutschland, in Europa und im Nato-Bündnis, sind täglich damit beschäftigt, die Voraussetzungen für einen Frieden in Freiheit zu schaffen und zu sichern. Dies ist eine außerordentlich schwierige Arbeit, die wir auch anlässlich eines Neujahrsempfangs besonders bewerten sollten. Politiker und Soldaten haben es auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates geschafft, über viele Jahrzehnte hinweg, uns den Frieden in Freiheit zu bewahren. Viele von uns betrachten dies als eine Selbstverständlichkeit. Ich sage an dieser Stelle, es ist keine Selbstverständlichkeit, sondern harte Arbeit und es hat vielen Menschen das Leben gekostet.

Wenn wir uns eine friedliche Zeit wünschen, wenn wir die Sehnsucht nach Frieden auf der Welt haben, sollten wir in Dankbarkeit an die denken, die für den Erhalt des Friedens arbeiten, kämpfen und für unseren Frieden sterben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in den letzten drei Jahren haben wir in der Welt und in Europa, aber auch bei uns in Deutschland und in unserer Stadt, heftige Ängste über die Sicherheit und die Zukunft unserer finanziellen Situation durchmachen müssen. Wir alle haben mit großer Ohnmacht und teilweise auch mit Zorn die Auswirkungen der Finanzkrise der Banken und auch der Finanzkrise der Mitgliedsstaaten der europäischen Union sehen und erkennen müssen. Die meisten von uns sind verunsichert. Wir suchen Schuldige und sind bereit schnelle Urteile über Verantwortliche zu treffen. Es bleibt trotz aller Bewertungen das Gefühl der Unsicherheit und die Angst vor dem finanziellen Zusammenbruch der Finanzen in Europa und in Deutschland.

Wir haben Sehnsüchte. Viele sehnen sich wieder nach der guten deutschen Mark. Viele denken laut darüber nach, dass Deutschland alleine besser mit den Krisen zurecht kommen würde, als im Verbund in der europäischen Union.

Die Sehnsucht nach finanzieller Stabilität und allgemeinem Wohlergehen ist sicherlich berechtigt.

Allerdings vergessen wir immer mehr, dass der Wohlstand in Deutschland in den letzten Jahrzehnten auf der Basis einer europäischen Gemeinschaft erst ermöglicht werden konnte. Ohne die engen Beziehungen zwischen den ehemals befeindeten Nationalstaaten, würden wirtschaftlicher Austausch und wirtschaftliche Stabilität überhaupt nicht existieren. Ich bin ein eifriger Bekenner der europäischen Union. Denn ohne diese friedliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der EU würden wir weder einen stabilen Frieden haben, noch eine einigermaßen stabile Wirtschaft.

Dabei ist sicherlich kritisch zu beäugen, dass es innerhalb einer Gemeinschaft immer wieder auch schwarze Schafe gibt. Es ist im Großen genauso wie im Kleinen. Das ist in der EU genauso wie innerhalb einer Gemeinschaft einer Stadt, einer Familie.

Genauso wie in Familie und Schule sich der Schwächere im Sinne der Gemeinschaft verbessern muss, so hat das auch auf der Ebene der staatlichen Institutionen zu geschehen. Das ist eine schwierige Diskussion aber sie ist zu führen und nach meinem Dafürhalten auch mit Erfolg zu führen.

In Familie und Schule muss Kontrolle ausgeübt werden. In einer Gemeinschaft wie der europäischen Union ist es genauso erforderlich. Hieran mangelt es offenkundig. Aber die Verantwortlichen haben dies erkannt und werden auch mit den entsprechenden Mitteln dafür sorgen, dass durch ordentliche Kontrolle die Gemeinschaft nicht gefährdet wird.

Insofern ist es wichtig, dass zur Sicherung unserer ökonomischen Situation die Gemeinschaft zusammen hält, aber auch die entsprechenden Kontrollmechanismen nicht nur aufgebaut sondern auch umgesetzt werden. Wenn dies geschieht, wird sich die Sehnsucht nach wirtschaftlicher Stabilität sowohl in unserem Land, in unserer Stadt, aber auch innerhalb unserer europäischen Union erfüllen.

Ich begrüße daher nachdrücklich das Bestreben unserer Bundeskanzlerin und derjenigen, die mit ihr zusammen an dem Zusammenhalt der europäischen Union festhalten. Nur eine wirtschaftliche Stabilität gibt auch die Stabilität für einen Frieden in Freiheit. Dies dürfen wir bei allen Diskussionen und Kritik an der EU nicht vergessen. Kriegerische Auseinandersetzungen in der Vergangenheit hatten stets und immer wieder ihren Hintergrund in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Schieflagen. Insofern ist es wichtig, dass wirtschaftliche Stabilitäten auch durch harte politische Entscheidungen herbeigeführt werden. Nicht alleine das reden über Frieden und Wohlergehen bringt Frieden und Wohlergehen, sondern das Arbeiten an den Voraussetzungen, die zu der Stabilität führen.

Ich wünsche den Politikern und den Entscheidungsträgern für 2012 die entsprechenden klugen Analysen und die guten Entscheidungen nach intensiver Überlegung, die uns Stabilität bringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir alle wollen in Frieden leben und Wohlstand haben. Das ist ein berechtigtes Interesse der Menschen auf dieser Welt, das ist das berechnigte Interesse der Bürgerinnen und Bürger auch unserer Stadt. Wir haben in unserer Region die niedrigste Arbeitslosenquote der letzten Jahrzehnte. Wir haben in unseren Familien überwiegend stabile wirtschaftliche Verhältnisse. Wir haben ein gutes Bildungssystem, welches jedem die Möglichkeiten gibt, ein geordnetes Leben zu führen. Gerade in unserer Stadt haben wir im Bereich der Familienfreundlichkeit eine Spitzenstellung erreicht. Die Betreuung unserer Kinder ist in den letzten Jahren optimal organisiert und gesichert worden.

Die Rahmenbedingungen hierfür sind durch kluge Entscheidungen auf der politischen Ebene getroffen worden. Hierfür ist allerdings auch sehr viel Geld ausgegeben worden. Nicht nur unsere Stadt, sondern ein großer Teil der hessischen Städte und Gemeinden ist durch die Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre in eine extreme Verschuldenssituation geraten. Die Ausgaben entsprechen nicht mehr den Einnahmen, die in der Vergangenheit den Städten und Gemeinden zugekommen sind. Vielmehr sind die Ausgaben rapide nach oben geschneilt, während die Einnahmen weggebrochen sind.

Mit der letzten Landtagswahl haben die Bürgerinnen und Bürger mit über 70% für eine Schuldenbremse gestimmt. Diese ist auch dringend erforderlich. Denn der Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben, ist nicht mehr bezahlbar.

Dies ist zum einen bedingt durch die von mir eben erwähnten ständig wachsenden Ausgaben durch ständige neue Aufgaben bis in die letzten Verästelungen des Lebens der Bürgerinnen und Bürger. Hierfür haben die staatlichen Institutionen ein derartig verfeinertes System geschaffen, dass nahezu jede menschliche Tätigkeit von irgendeiner staatlichen Institution gefördert werden soll. Ein dergestalt geschaffener Wohlfahrtsstaat ist ganz sicher unter den jetzigen Umständen nicht mehr bezahlbar.

Hinzu kommt noch die Entwicklung der demografischen Situation in Deutschland aber auch bei uns in der Region und in der Stadt. Immer weniger Menschen, die arbeiten, müssen immer mehr Menschen, die in Rente und Pension gehen, bezahlen. Die Situation hat sich schon dramatisch entwickelt und wird sich in den nächsten Jahrzehnten noch deutlicher verschlechtern. Dabei steht eines ganz sicher fest: Kinder, die die wachsenden Zahl der älter werdenden unterstützen, sind ganz einfach nicht da.

Wir haben die Situation, dass der Kreis der Älteren, nämlich der 50, 60, 70, 80 und älteren immer größer wird und dass die Zahl der unter 50 jährigen nicht mehr mit der Erhöhung der Zahl der über 50 jährigen Schritt hält. Die derzeitige Diskussion über die Rente mit 67 ist dieser Situation geschuldet. Es gibt keine andere Alternative als das Rentenalter von 65 auf 67 und möglicherweise auch darüber hinaus hoch zu setzen, um die Situation der Rentenversicherung aber auch der Kranken- und Pflegekassen zu sichern. Insofern begrüße ich ausdrücklich die Entscheidung, das Rentenalter auf 67 hoch zu setzen.

**Ich will Sie heute Abend nicht mit Zahlen bombardieren:
Aber folgendes ist doch sehr interessant:**

Noch 1960 erstreckte sich das Arbeitsleben eines Mannes in den Industrieländern im Schnitt auf etwa 50 Jahre, bei einer Lebenserwartung von 68 Jahren. Auf Kindheit und Alter verteilt, blieben 18 arbeitsfreie Lebensjahre. Heute ist die durchschnittliche Lebensarbeitszeit auf 37,5 Jahre geschrumpft. Die Lebenserwartung hingegen liegt für neugeborene Jungen bei 77,4 Jahren, für neugeborene Mädchen bei 82,6 Jahren. Das ergibt für die künftige Generation unterm Strich doppelt so viel Lebenszeit, wie Lebensarbeitszeit. Dem Jungen bleiben fast 40, dem Mädchen sogar mehr als 45 Jahre arbeitsfreies Leben.

Wenn das Durchschnittsalter wie vom Statistischen Bundesamt prognostiziert bis 2050 bei Männern auf 83,5 Jahre und bei Frauen auf 88 Jahre steigt und die Lebensarbeitszeit unverändert bleibt, könnte diese Generation 46 beziehungsweise über 50 Jahre lang ein Leben fern jeglicher beruflicher Pflichten genießen. Die Frage darf gestattet sein, ob ein solches Leben wirklich genussvoll wäre.

Nach meinem Dafürhalten gibt es allerdings in diesem Zusammenhang keinen Grund in große Sorge zu geraten. Denn gleichzeitig mit dem älter werden der Bevölkerung ist auch festzustellen, dass die Ältern unter uns auch länger gesund bleiben und aktiv sind. Dies ist ein Geschenk, welches wir annehmen sollten. Die meisten Menschen über 60, die ich kenne, haben einen ungeheueren Elan und Schaffenskraft. Die meisten, die derzeit in Rente gehen, stellen immer wieder die Frage, was sie in der Zeit danach machen sollen. Dabei ist besonders darauf hinzuweisen, dass ein Mensch, der heute mit 65 in die Rente geht, noch 15 oder gar 20 Jahre engagiert und aktiv sich am Leben beteiligen kann. Ob dies ein Leben mit Lösen von Kreuzworträtseln oder Rosenzüchtens, der Weltreisen oder des Haus putzens sein soll, wage ich zu bezweifeln. Noch drastischer gibt folgendes Zitat die Situation wieder:

„Ruhestand ist eine zynische Formulierung. Ich will nicht in den Ruhestand in die Ecke geschoben werden, gesagt bekommen: Nun ist es aber genug. Das ist eine völlig irre Desorientierung, dass Alte sich bitte zurückziehen und irgendwie bejuxen lassen sollen, auf Musikdampfern oder speziellen Altentagungen, wo sie dämliche Musik vorgeführt bekommen. Nein! Wir wollen nicht bespaßt werden, sondern wir wollen beteiligt sein, uns einmischen können“.

Diese zornigen Worte stammen von Bremens Altbürgermeister Henning Scherf.

Viele Menschen bringen aus ihrem aktiven Berufsleben viele Fähigkeiten mit, die sie auch nach Erreichen des Rentenalters gerne weitergeben möchten. Insbesondere im Bereich des sozialen Engagements und der Gemeinschaftspflege wird sich zeigen, dass sich die Aktivitäten dieser jungen Alten weiterhin oder gerade jetzt sehr gefragt sind.

Wir werden in unserem Wohlfahrtsstaat das aktive Einbringen unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern dringend benötigen. Dies ist die Chance für unsere Gesellschaft. Möglicherweise wird sich dadurch auch unsere Gesellschaft verändern. Die aktiven älteren Mitmenschen werden sich in der Zukunft in die Bereiche einbringen, in denen der Staat bislang tätig war. Das gilt sowohl für die sozialen Bereiche, als auch für die Pflege des Gemeinwohls.

Bei der Pflege von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, bei der Lernhilfe von Schülerinnen und Schülern, bei der Suche nach beruflicher Weiterentwicklung, bei der Schaffung von Initiativen für Umwelt und Kultur in Schwimmbädern und vieles andere mehr. In all diesen Bereichen werden wir in der Zukunft engagierte und aktive Menschen über 60 verstärkt finden. Und wir begrüßen diese Menschen ausdrücklich und ich wünsche mir, dass auch in unserer Stadt dieses System des sich Einbringens für die Gesellschaft durch die jungen Alten verstärkt wird.

Die Voraussetzungen dafür sind gegeben.

Ich denke an das Mehrgenerationenhaus und ich denke an die HUFAD, die sich dadurch auszeichnet, dass Bürgerinnen und Bürger sich für andere Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Auf dieser Basis werden wir in der Zukunft viele andere Möglichkeiten gewähren sich einzubringen. Es wird in der Zukunft eine engagierte Bürgergesellschaft den Wohlfahrtsstaat ablösen. Dies hat zum einem die Wirkung, dass viele sich einbringen und sich dabei wohlfühlen. Auf der anderen Seite wird der Staat, beziehungsweise die Stadt, sich aus einigen Bereichen zurück ziehen können, um sich auf die Finanzierung seines Kerngeschäftes zu konzentrieren.

Man mag dies eine Revolution nennen. Ich bezeichne dies als die zwangsläufige Folgerung aus der derzeitigen Analyse unserer Gesellschaft.

Es müssen nicht immer nur Wutbürger sein, es können auch Mutbürger sein, die sich aktiv einbringen für verschiedene Aktionen in unserem Leben. Diese Bürger können wir uns auch vorstellen bei der Betreuung von Einrichtungen, die derzeit in rein staatlicher bzw. städtischer Hand sind. Warum kann nicht eine Sozialstation unterstützt werden durch Bürgerinnen und Bürger, die die betreuten Personen über die medizinische Betreuung hinaus begleiten. Ich hatte das Stichwort HUFAD schon erwähnt. Das Gleiche können wir uns auch vorstellen im Zusammenhang mit den Kindergärten und den Schulen. Das Gleiche können wir uns auch vorstellen bei dem Beginn eines beruflichen Lebens. Die Vielfalt der Betreuung durch die Älteren Mitbürger ist nach oben nahezu offen.

Wir werden dieses Engagement, das Bürgerengagement in den nächsten Jahren mehr und mehr erleben und auch begrüßen.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Selbstverständlich müssen der Staat und auch unsere Stadt ihren Kernaufgaben auch finanziell gerecht werden. Aber wie gesagt: nur den Kernaufgaben! Dazu gehört die Sicherstellung des sozialen Friedens und der finanziellen Grundsicherung für jeden Einzelnen. Ohne diese Voraussetzungen kann ein Gemeinwesen wie unser Staat nicht existieren. Aber die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates müssen nicht unbedingt in der Zukunft reine staatliche Leistungen sein.

Wenn diese Leistungen gewährt werden können durch das aktive Tun der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, dann ist meiner Meinung nach die richtige Zuordnung zwischen staatlichen Tun und Bürgerschaftlichen Engagement gegeben. Ich begrüße insofern sehr jedes bürgerschaftliches Engagement und sei es auch nur im Rahmen von politischen Initiativen, die sich für bestimmte Forderungen einbringen. Auch bei der zukünftigen Versorgung unserer Gesellschaft mit Energie werden wir ohne das bürgerschaftliche Engagement nicht auskommen. Die Vorsorge mit den sogenannten alternativen Energien wird in der Zukunft nicht mehr von Monopolen oder staatlichen Institutionen alleine gesichert werden können, sondern es wird das Genossenschaftsprinzip und das Einbringen der Bürgerinnen und Bürgern vorherrschend sein.

Wir sollten dies als Politiker nicht nur erkennen, sondern fördern. Fördern dahingehend, dass jeder, der sich dort einbringen möchte, auch willkommen ist und nicht abgewiesen wird. Der Staat ist nicht als Institution als solche da, sondern er ist die Zusammenarbeit seiner Bürgerinnen und Bürger. Und eine richtige Organisation dieses bürgerschaftlichen Engagements wird mit Sicherheit viele unserer Probleme lösen.

Wir werden also neben der Sehnsucht nach Frieden in Freiheit, nach der Sehnsucht für Wohlergehen auch eine Sehnsucht für Selbstverwirklichung haben.

Wir werden alle diese Sehnsüchte auch erfüllen können, indem wir uns alle einbringen und uns nicht gegenseitig ausschließen. Dies wird sich in unserer Stadt ebenso zeigen, wie in unserer Region. Der Stolz unserer Bevölkerung auf unsere Heimat und die Weiterentwicklung der geschaffenen Situation durch eigenes Engagement wird uns in den nächsten Jahren sehr beschäftigen. Gerade was den Rheingau anbelangt gehe ich fest davon aus, dass der Stolz auf diese Heimat und die Entwicklung dieser wunderbaren Region vielen Bürgerinnen und Bürgern eine besondere Herzensangelegenheit sein wird. Ich fordere und bitte alle diejenigen, die sich hier selbst einbringen wollen, auf, dies aktiv auch zu tun. Ich hatte Ihnen ein Beispiel bezüglich der Energieversorgung genannt. Man kann dies aber auch erweitern um die Gestaltung unserer Landschaft und die Erhaltung unserer Kulturlandschaft.

Wanderwege und Leinpfad, die ordentliche Gestaltung von Straßenecken und Plätzen wird mit Sicherheit durch ein gezieltes Engagement unserer Bürgerschaft vorangetrieben werden können. Und auch im sozialen Bereich, wie schon erwähnt, werden wir alle, die da mitmachen wollen, herzlich willkommen heißen.

Insofern gehe ich hoffnungsvoll in das Jahr und bin fest davon überzeugt, dass wir keinen Grund haben, irgendwelche Ängste im Blick auf die Zukunft zu haben. Bürgerliches Engagement wird das Thema der Zukunft sein. Damit werden wir die meisten unserer Probleme lösen.

Wir brauchen keine Angst zu haben vor einer demografischen Entwicklung, die uns die Statistiker liefern. Wir haben keine Angst zu haben vor dem Beibehalten unseres Wohlergehens auf hohem Stand trotz der Verschuldungssituation der staatlichen Institutionen. Wir werden Schulden abbauen, die Schuldenbremse erfüllen und gleichzeitig durch bürgerschaftliches Engagement die Situation vor Ort so erhalten, dass das Leben lebenswert ist.

Wichtig dabei ist aber, dass die Politik diese Situation nicht nur erkennt, sondern auch fördert. Wichtig dabei ist, dass parteipolitische Forderungen nicht mehr daran festgemacht werden, wer am meisten staatliches und damit Geld des Bürgers ausgibt, sondern das es dadurch geprägt ist, dass man Menschen mitnimmt auf dem Weg die eigenen Gemeinschaft zu bereichern. Wir werden hier neue Aufgaben finden, wie sich die Politik einbringen muss und soll. Kommunalverwaltungen und damit meine ich auch die Verwaltung der Stadt Oestrich-Winkel, haben Rahmenbedingungen zu erfüllen, aber nicht das menschliche Leben bis in die letzte Verästelung zu bestimmen. Politik muss auch begreifen, dass staatliches Vorgeben von Leistungen und Standards zu reduzieren sind auf das Niveau, was der Mensch tatsächlich braucht und will. Hier wird noch einiges zu erarbeiten sein. Wir werden uns auch der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit mehr und mehr widmen müssen, um damit zu gewährleisten, dass wir mit wenig staatlichen Vorgaben viel für die Bürgerinnen und Bürger erreichen.

Ich bin mir sicher, dass wir gerade in unserer Region im Rheingau und in Oestrich-Winkel hier die idealen Voraussetzungen haben. Wir müssen sie nur noch weiter entwickeln können, um das, was ich eben dargestellt habe, zu erfüllen.

Insofern danke ich bereits jetzt allen, die außerhalb der staatlichen Institutionen in Vereinen und in Organisationen sich einbringen. Ich danke bereits hier allen, die unabhängig von Vereinen und Organisationen sich als Mensch Mitmenschen gegenüber engagieren und handeln. Und ich freue mich darauf, dass viele, die so wie auch ich älter werden, Betätigungen und Bestätigungen finden in der Arbeit mit den Mitmenschen und dem Gemeinwohl. Insofern bin ich optimistisch und freue mich auf ein Jahr 2012 und freue mich auch über die Diskussion über die Forderung nach noch mehr bürgerschaftlichen Engagement in unserer Stadt. Beginnen wir die Diskussion bereits heute Abend.

Für Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich sehr.